

setzungen, die in der Realität umsetzbar waren. Unisono war daher auch das Lamento auf den ersten Parteitag der beiden Parteien über die Versäumnisse in der Vergangenheit; an alles habe man gedacht, nur nicht die Massen darüber aufzuklären: »Was tun wir, wenn wir zur Macht gelangen?«

Die gegenseitigen Angriffe der beiden sozialdemokratischen Parteien waren so im wesentlichen das Eingeständnis der eigenen Konzeptionslosigkeit. Die tatsächlichen Spannungen bestanden zwischen den unerfüllten Erwartungen der Basis und den politischen Strategien der Führungskader. Sie wurden immer größer und unlösbarer: Bereits 1920 zerbrach daran die USPD, und die MSPD flüchtete auf Reichsebene in die Opposition. Schon Ende 1919 hatte sich in der Mehrheitssozialdemokratie tiefe Enttäuschung über die »Entwicklung« breitgemacht; der Parteivorsitzende Otto Wels erklärte bereits im Dezember, ein Jahr nach der Revolution, »daß es der Übel größtes nicht wäre, wenn wir unter diesen Umständen aus der Regierung austreten würden«. Erleichtertes Aufatmen, so S. Miller, ging daher durch die Reihen der Partei, als sie im Sommer 1920 die Bürde der Regierung abschütteln konnte. Obwohl sich die SPD selbst als »Staatspartei« der Republik begriff, begrüßte sie jetzt die Rückkehr zu den »Annehmlichkeiten der Opposition« als Befreiung von der unerträglich empfundenen Last der Verantwortung.

In ihrem zusammenfassenden Urteil geht Susanne Miller vehement mit der SPD ins Gericht: Auch unter Berücksichtigung der komplexen Probleme bei der Liquidation des Krieges und den Schwierigkeiten der Sozialdemokratie, so unvorbereitet in die Praxis gedrängt worden zu sein, habe sie die verschiedenen Möglichkeiten einer Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft nicht hinreichend genutzt: »Das war nicht eine unvermeidliche Entwicklung«. Nicht ganz eindeutig sind allerdings die von ihr diskutierten alternativen Möglichkeiten, die sie im entschlossenen »Durchbruch zu einer Volkspartei« sieht. Sicher ist, daß die Partei seit der Burgfriedenspolitik und der Mitarbeit im Interfraktionellen Ausschuß den reformistischen Weg beschritten hatte. Ebenso sicher ist, daß der SPD die mitreißende Dynamik, etwas »geistig Wegweisendes«, fehlte, wie der von der Autorin zitierte Arnold Brecht im späteren Rückblick kritisierte; man »vermißte Gedanken, die über das hausbackene Lob der Demokratie hinausgingen«. Einerseits hält die Autorin die institutionalisierte Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien seit Sommer 1917 für verfehlt, weil sie zu keinem für die Partei positiven Ergebnis führte, andererseits beklagt sie deren »Abschottung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen«. Fraglich ist, ob ihre These, wenn schon Reformismus, dann auch konsequentere Öffnung nach rechts, der zeitgenössischen Realität entsprach und keine Ex-post-Projektion aus heutiger Sicht durch die »Godesberger Brille« darstellt. Jene Isolierung war doch zum großen Teil Reaktion auf die auch nach 1918 noch fortwirkende Repressionspolitik des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates. Daß es der Partei, so die Forderung der Autorin, nach 1918 nicht gelang, andere, d. h. bürgerliche Gruppen zu gewinnen, war daher nicht allein Sache der Sozialdemokratie. Mit ihrer Studie zeigt die Autorin ja selbst, daß die »staatsbejahenden«, bürgerlichen Vorgaben der SPD nach dem Oktober 1918 lediglich die Basis radikalisierten und mit zur Vertiefung der Gräben in der Arbeiterbewegung beitrugen, ohne daß sie einen Widerhall im Bürgertum fanden. Claus-Dieter Krohn

Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 8), Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt 1977, 271 S., kart., 28 DM.

Die Untersuchung der Enkelin Kurt Eisners, dessen Denken sich die Verfasserin verpflichtet fühlt, behandelt ein Thema, das für die kommunistische und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung der Weimarer Republik von zentraler Bedeutung war. Der Streit über die Ge-

werkschaftsfrage führte zu Abspaltungen und Ausschlüssen aus der KPD, er war der Anlaß innerparteilicher Richtungskämpfe und Führungswechsel, er zersplitterte die kommunistische Parteibasis und vertiefte die Gräben innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung. Unter der Parole »Hinein in die Gewerkschaften« suchte die KPD Einfluß auf die reformistisch orientierte Arbeiterschaft zu gewinnen, unter der Parole »Heraus aus den Gewerkschaften« isolierte sich die Partei von der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Gewerkschaftstaktik der KPD wechselte in den Jahren der Weimarer Republik mehrfach: In den Anfangsjahren verfolgte man eine Einheitsfrontpolitik, die darauf abzielte, durch praktische Arbeit in den Gewerkschaften Vertrauen für die eigene Sache zu gewinnen; 1923/24 brach man mit der Gewerkschaftsbewegung und lehnte ein Bündnis mit reformistischen Gewerkschaftskräften ab; der Liquidierung dieser linken Politik und der Rückkehr in die ADGB-Verbände schloß sich bereits 1928/29 die nächste Kehrtwendung an, der Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition und der Kurswechsel zur Konfrontation.

Freya Eisners Studie sucht zwar einen Weg durch dieses Labyrinth kommunistischer Gewerkschaftsstrategien zu bahnen, nach der Lektüre des Buches hat man aber nicht den Eindruck, daß sie ihn gefunden hat. Die chronologische Darstellung, die nach einem knappen, holzschnittartig modellierten Rückblick auf die ideologischen Auseinandersetzungen in der Vorkriegssozialdemokratie schwerpunktmäßig den Zeitraum zwischen 1918/19 und 1924/25 behandelt, basiert auf den Kongreßprotokollen des ADGB und verschiedener Einzelverbände, auf Tageszeitungen, Wochen- und Monatsschriften, den Jahrbüchern von Gewerkschaftsverbänden und zeitgenössischen Publikationen. Archivalische Quellen fehlen völlig; Forschungsarbeiten, die nach 1945 zur Geschichte der KPD erschienen sind, werden von der Verfasserin souverän ignoriert.

Dieses Vertrauen auf die eigene Urteilsfähigkeit schützt sicherlich vor fremder Voreingenommenheit, es kostet aber auch seinen Preis: den Verzicht auf Denkanstöße anderer Autoren. Die Untersuchung Eisners beschränkt sich weitgehend auf die Beschreibung ideologischer und strategischer Kontroversen, wie sie national und international auf der Ebene von Kongreßdebatten ausgetragen oder in Resolutionen und Zeitungsartikeln formuliert wurden. Ausgeblendet bleibt die Basis der Arbeiterbewegung, die materielle Lage der Arbeiterschaft und ihr politisches Handeln. Die Frage, auf wen die kommunistische »Aufstandspropaganda« wirkte und wer sich der kommunistischen »Putschtaktik« anschloß, wurde von Eisner nicht beantwortet, auch wenn ihre generelle Kritik an der kommunistischen Gewerkschaftspolitik plausibel und berechtigt ist. Mit ihrer Verfahrensweise, das von ihr zusammengetragene Quellenmaterial referierend und kommentierend auszubreiten, bietet die Verfasserin dem Leser zwar eine breite Sammlung von zeitgenössischen Zitaten und Meinungen zum Verhältnis von KPD und Gewerkschaften an, nicht aber eine historisch-kritische Analyse dieses Verhältnisses, das sich in den auf Partei- und Gewerkschaftskongressen ausgetragenen Wortgefechten nicht vollständig widerspiegelte.

Klaus Schönhoven

Einhart Lorenz, *Norwegische Arbeiterbewegung und Kommunistische Internationale 1919 — 1930. Untersuchung zur Politik der norwegischen Sektion der Kommunistischen Internationale*, Pax forlag, Oslo 1978, 429 S.

Zu Recht beklagt Lorenz sich darüber, daß die großen Übersichtswerke (etwa Cole, Brauntal, Droz), die die internationale Arbeiterbewegung darzustellen versuchen, in ihren Einschätzungen und Feststellungen zur norwegischen Arbeiterbewegung viele Fehler verbreiten. Es fehlen einfach die Kenntnisse — und das liegt nicht nur daran, daß Darstellungen der norwegischen Arbeiterbewegung in den großen Sprachen fehlen. Diese allgemeine Einschätzung ausländischer Verfasser wird im Laufe der Arbeit häufig unterstrichen: Lorenz berich-